

Niederschrift über die 9. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses

Sitzung am:	Montag, den 25.08.2025
Sitzungsort:	Sitzungszimmer 345

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:10 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Daniel Beegen	zeitweise anwesend
Herr Dieter Blechschmidt	
Frau Yvonne Gruber	
Herr Rico Kusche	
Herr Thomas Salzmann	
Frau Diana Tarnawski	
Herr Mathias Weiser	

Beratendes Mitglied

Herr Felix Albert
Herr Matthias Gräf
Rainer Pietschmann

Stellvertretendes Mitglied

Frau Petra Rank	Vertretung für Frau Diana Zierold
Herr Tim Schuster	Vertretung für Herrn Ronny Hering

Abwesenheit:

Name

Bemerkung

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Ronny Hering
Frau Diana Zierold

entschuldigt
entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Wolfgang Alboth
Herr Thomas Hoyer
Herr Michael Persch

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name

Funktion

Anwesenheitsgrund

Herr Markus Löffler FBL Bauordnung, Stadtplanung u. Umwelt
Herr Moritz Lehnard SB Liegenschaften
Frau Paula Pour Energie- u. Klimaschutzmanagerin
Herr Hagen Brosig SB Stadtplanung
Frau Anyez Tschiersch SB Straßenverwaltung

alle TOP
TOP 7.1
TOP 2.1
TOP 3.1
TOP 4

weitere Sitzungsteilnehmer

Name

Anwesenheitsgrund

Herr Uhlig, Freie Presse
Herr Reichert, Fa. Mellon GmbH
mehrere Anwohner von Unterlosa

Berichterstattung
TOP 2.1
TOP 3.2

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 05.05.2025
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Informationen der Bürgermeisterin
- TOP 2 Information
- TOP 2.1 Kommunale Wärmeplanung der Stadt Plauen
INV-050/2025
- TOP 3 Vorberatung
- TOP 3.1 Radverkehrskonzeption 2025 der Stadt Plauen
BSV-200/2025
- TOP 3.2 Antrag der Fraktionen Die Linke/Grüne und SPD/Initiative - Bürgerversammlung zum Projekt "Agri Solaranlage Plauen - Unterlosa"-, Reg.-Nr. 70-25 - Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 4 Antrag der CDU-Fraktion - Prüfung bez. Umwandlung Elsterstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich -, Reg.-66-25 - Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 5 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Bürgermeisterin Wolf eröffnet die 9. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit.

Gem. aktueller Änderungen gem. § 39 SächsGemO weist die Bürgermeisterin darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitgliedes als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung geltend macht.

1.2 Tagesordnung

Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 05.05.2025

Frau Bürgermeisterin Wolf stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses fest.

Für das heutige Protokoll haben sich Herr Stadtrat Tim Schuster, AfD-Fraktion und Frau Stadträtin Yvonne Gruber, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, zur Zeichnung bereit erklärt.

1.4 Beantwortung von Anfragen

Es sind keine Anfragen offengeblieben.

1.5 Informationen der Bürgermeisterin

Es liegen zwei Anträge zur 7. Änderung der Parkgebührenverordnung vor. Diese Änderung kann aktuell nicht behandelt, sondern muss verschoben werden. Hintergrund ist, dass die Stadt noch entsprechende Zählungen durchführen möchte.

Hinsichtlich des Regionalen Vorsorgestandortes "Industrie- und Gewerbegebiet Plauen - Oberlosa Teil 1" teilt Frau Bürgermeisterin Wolf mit, dass die interne Behördenbeteiligung abgeschlossen ist. Aus dieser ergaben sich noch einige Anregungen, welche noch eingearbeitet werden sollen. Anschließend kann dem Stadtrat das komplette Werk zur externen Auslegung vorgelegt werden.

2 Information

2.1 Kommunale Wärmeplanung der Stadt Plauen INV-050/2025

Gemäß Wärmeplanungsgesetz (WPG) soll bis spätestens Juni 2028 für alle Kommunen in Deutschland eine kommunale Wärmeplanung vorliegen. Seit Juni d. J. gibt es in Sachsen auch die dazugehörige Wärmeplanungsverordnung, führt Frau Pour, Energie- und Klimaschutzmanagerin, aus.

Die Stadt Plauen hat diesen umfangreichen Planungsprozess im Jahr 2023 begonnen. Die Kosten für die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung trägt zu 100 % der Bund.

Die kommunale Wärmeplanung soll wegweisend für die schrittweise Umstellung der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien bis zum Jahr 2045 sein. Sie ist eine informelle, strategische Planung der Verwaltung und entfaltet keine rechtlich bindende Wirkung. Aus ihr resultiert weder eine Pflicht noch ein Anspruch auf eine bestimmte Wärmeversorgungsart. Vielmehr soll sie eine gemeinsame Planungsgrundlage für die Vielzahl der beteiligten Akteure bilden und Gebäudeeigentümern, Unternehmen sowie Energieversorgern und Netzbetreibern als Entscheidungshilfe dienen.

Ziel dieser Planungen ist eine Gebietseinteilung, die aussagt, welche Wärmeversorgungsart für welchen Standort am wahrscheinlichsten geeignet ist. Kategorien sind dabei Wärmenetzgebiete, Wasserstoffnetzgebiete oder Gebiete für eine dezentrale Versorgung.

Alle fünf Jahre ist die Wärmeplanung zu überprüfen und fortzuschreiben.

Herr Reichert, Fa. Mellon GmbH, führt näher zum Prozess der Erstellung des Wärmeplanes aus. Aktuell wird für die Wärmeversorgung der Haushalte in Plauen etwa zu zwei Drittel auf Erdgas gesetzt, da die Versorgung mit Gas hier sehr gut ausgebaut ist. Beim weiteren Ausbau des Gasnetzes seien die Betreiber jedoch vorsichtig, da die künftige Verfügbarkeit ungewiss ist.

Heizöl sei in Plauen nur mit einem Anteil von etwa 6,6 Prozent vertreten, zudem seien die vorhandenen Kessel schon relativ alt.

Erneuerbare Energien machen in Plauen derzeit einen Anteil von 12,3 Prozent aus.

Herr Reichert stellt ferner eine Karte zur Wärmebedarfsdichte vor sowie das angedachte Zielszenario. Er zeigt die vorgenommene Gebietseinteilung anhand einer Präsentation. Darüber hinaus sieht er in der kommunalen Wärmeplanung auch eine Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger entsprechend beraten zu können.

Frau Pour ergänzt, dass die Wärmeplanung nicht nur ein Instrument der Stadtverwaltung ist, sondern auch für die Energieversorger. Die Steuerungsgruppe, welche die Wärmeplanung erstellt hat, soll weitergeführt werden. Der nächste Schritt ist der Transformationsplan für das Gas- und Fernwärmenetz.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, hakt nach, ob es trotz Gebietseinteilung jedem Eigentümer freistünde, für welche Lösung er sich entscheide und wann die Planung in Kraft trete.

Frau Pour bejaht dies und versichert, dass trotz vorhandener Wärmeplanung die neuen Regelungen des Gebäudeenergiegesetzes zum Heizungstausch erst 2028 in Kraft treten.

3 Vorberatung

3.1 Radverkehrskonzeption 2025 der Stadt Plauen BSV-200/2025

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass die Vorlage in zwei Lesungen beraten werden wird, da es sich um ein umfangreiches Werk handele.

Herr Brosig, Sachbearbeiter Verkehrsplanung, führt in die Vorlage ein. Trotz leichter Verbesserungen bei Umfragen, sei vielen das Radfahren in Plauen noch zu unsicher.

Die Grundlage bildeten verschiedene Arbeitsgruppensitzungen sowie Bürgerbeteiligungen und Beteiligungen von Trägern öffentlicher Belange. Aus dieser Bestandsaufnahme gingen die Defizite hervor, welche von den Bürgern als die größten beschrieben wurden. Plauen hatte bislang mit ca. 1,8 % einen unterdurchschnittlichen Radverkehrsanteil im Vergleich zu gleich großen Städten. Dieser dürfte mittlerweile gestiegen sein. Darüber hinaus gibt es Defizite im Bereich der Radabstellanlagen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Unfalldatenanalyse, da an ca. 22 % aller Unfälle mit Verletzten Radfahrer beteiligt sind und das bei diesem geringen Radverkehrsanteil.

Im Ergebnis entstanden ein Alltagsnetz und ein touristisches Netz, welche schlussendlich miteinander kombiniert werden.

Die so entstandene neue Radverkehrskonzeption beinhaltet einen Maßnahmenkatalog, dessen Hauptaugenmerk auf der Instandhaltung liegt. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass der Stadt die Mittel fehlen, die Geh- und Radwege in Ordnung zu halten. Bei anstehenden Straßensanierungen wird künftig immer auch ein Auge auf die Belange der Radfahrer gelegt werden. Natürlich schweben der Stadt auch einige Stellen vor, an denen neue Radwege geschaffen werden sollen, Herr Brosig zeigt diese anhand einer Präsentation.

Im Rahmen der Befragungen seien aber auch häufig zu hohe Bordsteine genannt worden. Darüber hinaus sollen zeitnah alle Einbahnstraßen auf eine mögliche Eignung für eine Öffnung für den Radverkehr geprüft werden.

Ganz allgemein soll der Radverkehr durch sichere Überquerungsmöglichkeiten sowie entsprechende Markierungen verbessert werden. Im Bereich des Radverkehrs gäbe es auch aktuell hohe Förderquoten, um entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Mit der Radverkehrskonzeption wird die Stadt Plauen in die Lage versetzt, die Maßnahmen schrittweise über Jahre verteilt, entweder im Zuge von sowieso notwendigen Straßen- und Wegebauvorhaben oder separat umzusetzen.

Herr Brosig geht abschließend auf die Gesamtfinanzierung ein, da nicht alle Maßnahmen durch die Stadt gestemmt werden können.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass man den Beschluss unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Plauen gestellt habe und betont, dass die Erstellung einer Radnetzkonzeption Voraussetzung für die Erlangung von Fördermitteln ist.

Herr Stadtrat Kusche, SPD-/Initiative-Plauen-Fraktion, unterstreicht die Einstufung der Neundorfer Straße als „Brennpunkt“ in Sachen Radverkehr und fragt, wie die Aussichten sind, dass dort in naher Zukunft Maßnahmen umgesetzt werden.

Herr Brosig gibt hierzu zu bedenken, dass man auf der Neundorfer Straße vor allem auch Unfälle zwischen Radfahrern und Fußgängern zu beklagen hatte. Es sei daher nicht immer die beste Idee, Radfahrern die Nutzung des Fußweges zu gestatten. Ein Befahren der Fußwege in Gegenrichtung würde zudem die Unfallgefahr durch Vorfahrtsfehler erhöhen.

Darüber hinaus bezieht Herr Stadtrat Kusche sich auf den Ausbau der Trockentalstraße. Auf Nachfrage sei ihm mitgeteilt worden, dass eine Radwegbegleitung nicht vorgesehen sei, obwohl man sogar zwei Grünstreifen eingeplant habe. Er möchte deshalb wissen, ob dem so ist bzw. ob man daran noch etwas ändern könne.

Herr Brosig ergänzt, dass der Umbau der Trockentalstraße planfestgestellt ist und voraussichtlich 2027 durchgeführt wird. Die aktuelle Planung gibt die Vorzugsvariante des LASuV wieder. Hiernach soll der Radverkehr bergauf auf der Gartenstraße, bergab auf der Fahrbahn geführt werden.

Frau Bürgermeisterin Wolf fügt zu beiden Anfragen hinzu, dass man bei Straßenbaumaßnahmen ganz generell den Straßenkorridor berücksichtigen müsse. Man habe zwischen den Häusern nur einen begrenzten Querschnitt zur Verfügung.

Frau Stadträtin Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, wünscht sich eine bessere Kennzeichnung der Gehwege, auf denen auch Rad gefahren werden darf, bzw. eine Aufteilung in Gehweg und Fahrradspur, dies würde Passanten weniger überraschen bzw. gefährden.

Herr Brosig antwortet, dass es sich bei den meisten Radwegen in Plauen um so genannte kombinierte Radwege handelt, diese seien auch durch ein ganz anderes Verkehrszeichen gekennzeichnet. Bei diesen müssten die Radfahrer eigentlich auf die Fußgänger Rücksicht nehmen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, erkundigt sich nach den Kriterien, welche erfüllt sein müssen, damit eine Straße zum Radnetz zählt.

Herr Brosig führt dazu aus, dass im Vorfeld geprüft wurde, wo Schwerpunkte des Wohnens und des Arbeitens sind, wo Schulen oder Einkaufseinrichtungen liegen und man erwarten kann, dass dazwischen Verkehrsbeziehungen stattfinden. Diese Punkte werden miteinander verbunden und anschließend geprüft, ob diese Streckenführungen geeignet sind, um den Radverkehr entlangzuführen. In der Folge entsteht daraus das bereits erwähnte Alltagsnetz.

Es herrscht Einverständnis darüber, dass die heutige Sitzung als 1. Lesung verstanden wird und es keiner Abstimmung bedarf.

3.2 Antrag der Fraktionen Die Linke/Grüne und SPD/Initiative - Bürgerversammlung zum Projekt "Agri Solaranlage Plauen - Unterlosa"-, Reg.-Nr. 70-25 - Stellungnahme der Verwaltung

Frau Stadträtin Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, begründet ihren Antrag. Aus Gesprächen mit Bürgern vor Ort wisse sie, dass sich die Anwohner mehr Informationen wünschten.

Herr Stadtrat Kusche, SPD-/Initiative-Plauen-Fraktion, schließt sich seiner Vorrednerin an und spricht sich für eine solche Informationsveranstaltung aus. Auch wenn lediglich ein Mitarbeiter der Stadt ein paar einleitende, erklärende Worte sagt und im Anschluss das Unternehmen die Vorstellung übernimmt.

Herr Löffler, FBL Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt, heißt Gäste aus Unterlosa willkommen und stellt klar, dass die Stadt grundsätzlich eine Bürgerinformationsveranstaltung begrüßt. Aus diesem Grund hat sie die Firma sunfarming GmbH zur Durchführung einer solchen aufgefordert. Die Stadtverwaltung sieht er jedoch nicht in der Pflicht, da sie weder Flächeneigentümerin ist noch es sich um ein städtisches Vorhaben handelt. Er betont dabei, dass sich das Verfahren ohnehin noch in einem sehr frühen Verfahrensstadium befindet und im Rahmen der nächsten Verfahrensschritte die Bürger und die Träger öffentlicher Belange mit beteiligt werden.

Dem Ansinnen bzw. dem Wunsch nach Information wäre damit genüge getan, jedoch durch den Vorhabenträger selbst und nicht durch die Stadt Plauen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, drückt seine Verwunderung über die Fraktionen aus, die nach mehreren Beratungen ihre Zustimmung zu diesem Projekt erteilt haben und erst jetzt die Meinungen der Anwohner wahrzunehmen scheinen.

Frau Stadträtin Rank sei noch immer für das Projekt, sie habe nur gemerkt, dass noch viele Unklarheiten in der Bevölkerung bestünden.

Frau Bürgermeisterin Wolf führt aus, dass die Stadt von Gesetztes wegen verpflichtet sei, einen Antrag auf einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu behandeln, völlig unabhängig davon, ob die Stadt das Vorhaben gut oder schlecht findet. Die Stadt selbst ist nicht direkt beteiligt, weshalb der Vorhabenträger über sein Vorhaben zu informieren hat.

Herr Stadtrat Weiser, AfD-Fraktion, hinterfragt die Motivation der beiden antragstellenden Fraktionen. Für ihn höre es sich so an, als ob die Stadt nun den Anwohnern das Projekt schmackhaft machen solle. Er nehme aus dem bisher Gehörten klar mit, dass man das Projekt in Unterlosa nicht wolle. Er könne sich sogar vorstellen, dass eine Infoveranstaltung durch den Projektträger selbst daran nichts ändern würde.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, kritisiert, dass die AfD-Fraktion das Thema stark verkürze und die negativen Emotionen in der Bevölkerung noch schüre. Er halte die Kommunikation der Stadt im Vorfeld vor der Behandlung in den Gremien jedoch auch für unglücklich und hätte sich eine Kontaktaufnahme mit den Bürgern im Vorhinein gewünscht. Das Unternehmen habe es ja schließlich auch geschafft, die Mehrheit der Stadträte zu überzeugen, vielleicht gelingt es ihm ja auch bei der Bevölkerung.

Herr Stadtrat Weiser entgegnet, dass das Agrarunternehmen nicht nur zweimal im Ausschuss vorgeprochen habe, sondern aktiv Stadträte aufgesucht und zu überzeugen versucht habe. Er vermutet, dass es dem Landwirtschaftsbetrieb hauptsächlich um das Generieren von Fördermitteln ginge. Dafür bräuchte dieser die Zustimmung des Stadtrates, jedoch nicht die der Anwohner. Er appelliert an die Stadträte, sich daran zu erinnern, dass man von den Bürgern gewählt worden sei.

Herr Löffler kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass man nun versucht, seit man gemerkt habe, dass das Vorhaben auf Widerstand stößt, die Stadt als Vermittler einzusetzen. In dem Verfahren kommt der Stadt diese Rolle aber nicht zu.

Herr Stadtrat Weiser empfindet den gefassten Stadtratsbeschluss als Bekenntnis, dass dieser das Projekt möchte.

Frau Bürgermeisterin Wolf korrigiert insoweit, dass damit lediglich die Zustimmung zum Startschuss des Verfahrens, mit all seinen einzelnen Beteiligungsschritten, gegeben wurde.

Herr Stadtrat Blechschmidt, entgegnet hierzu, dass dies womöglich juristisch so ist, jedoch sehe der Beschluss seiner Meinung nach für einen Laien tatsächlich nach einer generellen Zustimmung des Stadtrates zum Gesamtprojekt aus.

Herr Stadtrat Weiser stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass den anwesenden Bürgern von Unterlosa Rederecht zum Antrag eingeräumt wird.

Herr Lippert, Anwohner aus Unterlosa, entgegnet, dass die Einwohner Unterlosas mitnichten uninformiert seien. Er selbst habe sich zu den technischen Details und den gesetzlichen Rahmenbedingungen belesen sowie die betreffende Stadtratssitzung angesehen. Er ist der Ansicht, dass man auch bereits in diesem frühen Stadium des Verfahrens Einwendungen erheben könne. Ferner ist er der Ansicht, dass der Beschluss unter falschen Voraussetzungen gefasst wurde. Herr Lippert ist der Meinung, dass man die Anwohner noch vor der Stadtratssitzung hätte einbinden müssen, darüber hinaus trägt er vor, dass Frau Seemann die anwesenden Stadträte durch falsche Aussagen für ihr Ja zu diesem Beschluss habe gewinnen können. So sei z. B. nicht kommuniziert worden, dass die Solaranlage nur etwa 30 m vom Grundstück eines Anwohners entfernt stünde. Auf eine Infoveranstaltung durch die Sunfarming GmbH verzichteten die anwesenden Anwohner, da sie gegen das Projekt sind und nicht der Auffassung, dass das Unternehmen sie im Rahmen einer solchen Veranstaltung noch überzeugen

könne. Sowohl die Sunfarming GmbH als auch Herr Kolbe als Vertreter des Landwirtschaftsbetriebes hätten ausschließlich wirtschaftliche Interessen.

Frau Bürgermeisterin Wolf stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

4 Antrag der CDU-Fraktion - Prüfung bez. Umwandlung Elsterstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich -, Reg.-66-25 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Blechschmidt führt zum Antrag aus, ein Bürger sei mit diesem Wunsch auf die Fraktion zugegangen.

Vor dem Hintergrund der Stellungnahme der Stadt räumt er jedoch ein, dass eine Abstimmung heute unterbleiben könne. Er sei bereits zufrieden, wenn man diesbezüglich im Gespräch mit der Stadt bleiben könne, um eine geeignete Lösung zu finden.

Frau Tschiersch, SB Straßenverwaltung, erläutert, weshalb der Antrag abzulehnen war. Sie nimmt das Bürgeranliegen gern als Arbeitsauftrag mit.

5 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Frau Stadträtin Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erkundigt sich, ob in der Planung des Kreisverkehrs beim Edeka-Markt auch Gehwege bzw. Querungen für Fußgänger beachtet wurden.

Frau Bürgermeisterin Wolf antwortet, dass um den gesamten Kreisverkehr Fußgängerquerungen und Fußgängerinseln eingeordnet seien.

Herr Stadtrat Weiser, AfD-Fraktion, erkundigt sich ergänzend, ab welchem Zeitpunkt die Bürger Unterlosas gegen den Beschluss vorgehen könnten.

Herr Löffler, FBL Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt, erläutert das Prozedere des Bebauungsplanes und legt dar, wann die Phasen der Mitwirkung sind. Klage wäre erst nach Erlass des Satzungsbeschlusses möglich.

Herr Stadtrat Kusche, SPD-/Initiative-Plauen-Fraktion, bezieht sich noch einmal auf den geplanten Ausbau der Trockentalstraße und bittet darum, dass das Projekt evtl. noch in diesem Jahr vor diesem Gremium vorgestellt wird.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Tim Schuster
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Lydia Grüner
Schriftführerin

Yvonne Gruber
Stadträtin